



Vorlage an den Grossen Gemeinderat

vom 9. März 2004

Nr. 4447

Jahresrechnung 2003

Nachtragskredite, gebundene Ausgaben und Zusatzkredite im Rechnungsjahr 2003**1 Gewährung von Nachtragskrediten***LAUFENDE RECHNUNG*

BAUVERWALTUNG

Tiefbauamt

611.318 Winterdienst und übrige Dienstleistungen 719'000

Zur Schneeräumung mussten in den Monaten Januar, Februar und März an 20 Tagen Pfadeinsätze und insgesamt 61 Streueinsätze geleistet werden. Allein in der Zeit vom 5. Januar bis 7. Februar 2003 fielen in der Stadt St.Gallen 156 cm Schnee. Der langjährige Durchschnitt für diese Periode entspricht 99 cm Neuschnee, 17 Pfadeinsätzen und 62 Streueinsätzen. Bedingt durch die ausserordentlichen Umstände Anfang 2003 mussten für die Schneeräumung und -abfuhr vermehrt Fremdfahrzeuge gemietet werden. Auch die erneuten heftigen Schneefälle im Dezember 2003 verursachten weitere Mehraufwendungen für Pfadarbeiten durch Dritte.

Hochbauamt

621.380 Einlage in Vorfinanzierungskonto Rathaus 10'000'000

In den vergangenen Jahren wurde die Sanierung des Rathauses vorbereitet. Es war vorgesehen, zunächst die Aussenhülle und die Haustechnik in Stand zu stellen und den Hauptteil der Innensanierung auf eine zweite Etappe zu verschieben. Mit dem Brand in der Parkgarage und den sich daraus ergebenden Konsequenzen ergibt sich eine neue Ausgangslage. Durch die verschiedenen, komplexen Abhängigkeiten muss - auch nach Abzug der Versicherungsleistungen - deutlich mehr investiert werden, als ursprünglich vorgesehen. Die Ausarbeitung einer Vorlage ist im Gange. Unabhängig von den konkreten Anträgen, über welche letztlich die Bürgerschaft entscheiden wird, ist die Bildung einer Vorfinanzierung sinnvoll. Damit kann die Belastung der kommenden Jahre durch die Sanierung des Rathauses reduziert werden.



Liegenschaftenamt

641.314 Gebäudeunterhalt

236'200

Im Jahre 2003 wurden drei Wohnungsinstandstellungsarbeiten abgerechnet, welche ursprünglich der Rechnung 2000 hätten belastet werden sollen (Oberstrasse 167b, Unterer Graben 45, Grossackerstrasse 4). Diese drei Objekte belasten die Rechnung mit insgesamt rund 112'000 Franken. Die Liegenschaft Altenwegenstrasse 30, welche in einem nicht mehr bewohnbaren Zustand war, konnte an eine solvente Person vermietet werden, welche die notwendigen Sanierungsarbeiten unter Aufsicht des Hochbauamtes selber ausführt. Davon ausgenommen waren jedoch die Brandmauer, die Werkleitungen sowie die statischen Belange. Für diese Arbeiten sind Kosten von Fr. 53'000.– entstanden. Bei zwei Wohnungen der im Jahre 2003 erworbenen Liegenschaft Im Grund 22 wurden die Küche und das Bad instandgestellt sowie Bodenbeläge und Malerarbeiten erneuert. Insgesamt entstanden Aufwendungen von 57'000 Franken. Diesen Investitionen stehen allerdings auch höhere Mieterträge gegenüber.

VERWALTUNG DER TECHNISCHEN BETRIEBE

Entsorgungsamt

Spezialfinanzierung für die Deponie Tüfentobel

722.319 Übriger Sachaufwand

558'000

Aufgrund der Hauptrevision der Mehrwertsteuer für die Jahre 1998 bis 2002 ergab sich eine Nachforderung der Eidgenössischen Steuerverwaltung. Der wesentliche Grund besteht darin, dass die Vorsteuerabzüge um jenen Anteil der Einnahmen gekürzt werden mussten, die nicht aus Gebühren, sondern aus Zinserträgen stammen.

SCHULVERWALTUNG

Abteilungssekretariat

Vergütungen an eigene und auswärtige Berufsschulen

805.36310 Gewerbliche Berufsschule; Lehrortsbeiträge

1'352'500

Die Gewerbliche Berufsschule St.Gallen hat ihre Schulgelder jeweils für das Kalenderjahr erhoben, also im Jahre 2001 für das Jahr 2001. Aufgrund der bevorstehenden Kantonalisierung auf Januar 2002 hin hat sie ihre Reserven aufgelöst und die Schulgelder damit verbilligt. Der Kanton St.Gallen vertrat jedoch die Auffassung, die Schulgelder aus dem Jahre 2001 betreffen das Schuljahr 2001/02, also August 2001 bis Juli 2002, und somit gehörten wegen der Kantonalisierung 7/12 der 2001 erhobenen Schulgelder dem Kanton (als Anteil für die Monate Januar bis Juli 2002). Das Verwaltungsgericht hat diese Ansicht gestützt. Für die



Stadt entstand somit eine Deckungslücke von 2.752 Mio Franken. Davon entfallen für die eigenen Schülerinnen und Schüler Fr. 752'000.– auf die Stadt St.Gallen. Die gewährten Schulgeldverbilligungen wurden auch von den anderen Gemeinden und Kantonen zurückgefordert. Von den Gemeindebeiträgen wurden bisher Fr. 1'065'496.– zurückbezahlt, ausstehend sind noch 469'500.–. Die Chancen stehen gut, dass auch diese Beiträge noch eingehen. Dennoch soll auf diesem Betrag eine Rückstellung von 200'000.– gebildet werden. Ein Grossteil der Kantone ist jedoch nicht bereit, Nachzahlungen zu leisten, da der Kanton St.Gallen ihnen zugesichert hat, dass keine weiteren Schulgeldforderungen für die Zeit bis Juli 2002 anfallen werden. Von der ausstehenden Summen wurden nur Fr. 64'500.– zurückbezahlt, so dass der Stadt als ehemaliger Trägergemeinde voraussichtlich ein Restbetrag von Fr. 400'500.– verbleibt. Zulasten der Laufenden Rechnung 2003 ergibt sich somit ein Kreditbedarf von 1'352'500.–

Schulanlagen der Volksschule

838.301	Löhne	147'000
---------	-------	---------

Die Kreditüberschreitung ist auf die hohe Anzahl Krankheitstage des Hauswärtspersonals zurückzuführen. Allein sechs vollamtliche Hauswarte waren zusammen rund 1½ Jahre arbeitsunfähig (u.a. drei wegen Rückenoperationen und einer wegen einer Schulteroperation). Für diese Arbeitsausfälle musste Aushilfspersonal angestellt werden.

FINANZVERWALTUNG

Finanzamt

Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

908.332	Zusätzliche Abschreibungen auf dem Finanzvermögen	10'000'000
---------	---	------------

Im Budget wurde die Summe der Abschreibungen genau auf der Höhe der veranschlagten Nettoinvestition (41,058 Millionen) festgelegt. Darin waren zusätzliche Abschreibungen von 13,479 Millionen enthalten. Angesichts der aussergewöhnlichen Steuereinnahmen soll ein weiterer Betrag von 10,0 Millionen für eine dauerhafte Reduktion der Buchwerte des Verwaltungsvermögens eingesetzt werden. Diese vorsorgliche Politik wird es ermöglichen, in schlechteren Zeiten – im Sinne einer konjunkturgerechten Finanzierung der Investitionen – auch ein Ansteigen der Verschuldung in Kauf zu nehmen.



INVESTITIONSRECHNUNG

Im Zeitpunkt der Budgetierung lassen sich die genauen Baudtermine und damit auch die Zahlungsströme bei grösseren, durch Verpflichtungskredite bereits bewilligten oder noch zu bewilligenden Bauvorhaben zum Teil nur mit relativ grossen Unsicherheiten voraussagen. Während in einzelnen Konten die Kredite nicht voll beansprucht werden, können in anderen die budgetierten Zahlungsstranchen überschritten werden. Finanzrechtlich bedeutsamer als das Einhalten der Zahlungskredite in der Investitionsrechnung ist – solange die Nettoinvestition insgesamt eingehalten wird - jedoch die Beanspruchung der finanzrechtlich relevanten Verpflichtungskredite.

POLIZEIVERWALTUNG

Feuerwehr

43.5061	Fahrzeuge, Geräte und Einrichtungen	725'400
---------	-------------------------------------	---------

Entgegen den Annahmen in der Budgetierung wurde die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges vollständig im Berichtsjahr belastet. Die zugesagten Beiträge werden erst im laufenden Jahr eintreffen.

BAUVERWALTUNG

Hochbauamt

62.5034	Verschiedene Zivilschutzbauten	227'100
---------	--------------------------------	---------

Bei mehreren Zivilschutzbauten (Boppartshof, Salisstrasse7 und andere) konnte die Abrechnung und damit die geplante Entnahme aus dem Reservekonto noch nicht vorgenommen werden.

62.5040	Kindergärten, Schulhäuser und Turnhallen	586'800
---------	--	---------

Bei den grossen Bauvorhaben im Schulbereich ergeben sich immer wieder Abweichungen zwischen Planung und Realisierung. Allein aufgrund des Baufortschrittes bei der Sanierung der Schönau und bei der Erweiterung des Schulhauses Heimat-Buchwald lassen sich die erwähnten Mehraufwendungen begründen.

62.5650	Beiträge an soziale Institutionen	246'800
---------	-----------------------------------	---------

Die Baubeiträge an die Alters- und Pflegeheime St.Otmar und Marienheim fielen aufgrund des Baufortschrittes etwas höher aus als erwartet.

VERWALTUNG DER TECHNISCHEN BETRIEBE

72.5014	Gewässerschutzbauten	458'000
---------	----------------------	---------

Die Sanierung des Joosrütibaches sowie das Fernwirk- und Bewirtschaftungssystem für die Abwasserentsorgung waren im Budget nicht enthalten.



SCHULVERWALTUNG

81.5069 Verschiedene Fahrzeuge, Geräte und Einrichtungen 309'100

Für den Ausbau der Informatik in den Volksschulen wurden 909'000 statt der geplanten 600'000 Franken ausgegeben.

SONDERRECHNUNGEN

STADTWERKE

756.41100 Direkter Materialbezug 299'000

Die Kreditüberschreitung in diesem Konto ist nur die Folge einer geänderten Buchungspraxis. Die an Dritte verrechneten Benzinbezüge wurden im Konto 756.60300 Betriebsstoffe für Fahrzeuge und Geräte budgetiert. Effektiv werden diese Bezüge für Dritte jedoch nun über das Konto direkter Materialbezug getätigt. Beim Konto 756.60300 wird der Budgetkredit um rund 300'000 Franken unterschritten. Insgesamt wird also der Budgetrahmen eingehalten.

756.44010 Bauarbeiten 910'100

Das Total der Kreditüberschreitungen von Fr. 910'100.– resultiert aus verschiedenen Budgetabweichungen: Bereits am 20. Mai 2003 nahm der Stadtrat Kenntnis von der Kreditüberschreitung um Fr. 224'000.– für bauliche Sofortmassnahmen am Reservoir Speicherstrasse. Beim Bereich Marketing und Vertrieb sind für Hausanschlüsse neuer Kunden nicht budgetierte Bauarbeiten von Fr. 149'325.– angefallen. Damit wurde der Neuanschluss von Kunden an das Versorgungsnetz gefördert. Ferner sind Mehrkosten angefallen bei der Allgemeinen Verwaltung der Sankt Galler Stadtwerke von Fr. 19'138.– für Sicherheitsmassnahmen an Gebäuden, bei der Elektrizitätsversorgung von Fr. 149'233.– für Unterhaltsarbeiten an den Leitungsnetzen und bei der Erdgasversorgung von Fr. 135'948.– für Unterhaltsarbeiten am Niederdrucknetz. Bei der Wasserversorgung resultieren per Saldo aus Schadenfällen zu Lasten der Jahresrechnung der Wasserversorgung Kosten von ca. Fr. 377'500.–. Den gesamten Mehrkosten stehen Minderkosten von Fr. 98'199.– bei der Fernwärmeversorgung gegenüber.

756.44030 Übrige Arbeiten, Dienstleistungen 251'000

a) Infolge eines operativen Eingriffes fiel ein Bauleiter für mehrere Monate aus. Während einer so langen Zeit konnte die Stellvertretung nicht durch eigene Mitarbeiter wahrgenommen werden. Es musste deshalb ein externer Bauleiter eingesetzt werden. Dafür entstanden Mehrkosten von 140'000 Franken. b) Aufgrund der Spannungserhöhung der Technischen Betriebe Rorschach in ihrem Versorgungsnetz mussten beim Seewasserwerk Riet alle vier Drehstrom-Verteiltransformatoren durch neue ersetzt werden. Diese Spannungserhöhung steht im Zusammenhang mit der 1983 beschlossenen weltweiten Harmonisierung der Netzspannung. Der Termin für die Spannungserhöhung war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt. Für die vier Transformatoren entstanden Mehrkosten von 70'000 Franken. c) Beim Seewasserwerk Frasnacht wurden zwei zusätzliche Stromunterzähler ein-



gebaut, welche mehr Transparenz bei den Verrechnungsgrundlagen für die RWSG-Partner erlauben. Bisher verfügte das Seewasserwerk nur über einen einzigen Stromzähler. Für die beiden Zähler entstanden Mehrkosten von Fr. 17'000.–. d) Für die Kontrolle der Rohwasserfassungslleitung und des Saugkorbes im Seewasserwerk Frasnacht wurden die gleichen Aufwendungen wie für das Seewasserwerk Riet budgetiert. Weil die Seeleitung Frasnacht aber in einer Tiefe von 60 Metern liegt, also 20 Meter tiefer als die Seeleitung Riet, kann die Kontrolle nicht mehr durch einen Taucher ausgeführt werden. Es musste ein ferngesteuerter Inspektionsroboter eingesetzt werden, welcher für solche Seetiefen ausgerüstet ist. Die Mehrkosten betragen Fr. 16'000.–.

756.60210 Unterhalt, Reparaturen, Ersatz EDV 236'900

Die Dienstleistungen der Stadtverwaltung wurden den sgsw bis Ende 2002 mit einem Pauschalsatz von 6 Promillen belastet. Mit SRB vom 2. Juli 2002 wurde beschlossen, die Dienstleistungen des OIA den sgsw separat in Rechnung zu stellen. Diese Änderung wurde im Budget 2003 nicht berücksichtigt. (Der – nicht kostendeckende – Pauschalsatz blieb unverändert.). Im Weiteren entstanden Mehraufwendungen für Softwarelizenzen gegenüber den budgetierten Werten für die Updates auf das Betriebssystem Windows XP sowie der Applikationen auf Office 2003.

756.61600 Werbung 273'000

Mit der Einführung der neuen Kosten- und Leistungsrechnung wurden die Kontopläne überarbeitet. Dabei wurde der Aufwand für Werbung in drei Konti (Werbung allgemein, Werbung in Medien, Werbung Messeauftritte) aufgeteilt. Die Kontierung der Rechnungen war in der Praxis jedoch nicht eindeutig möglich. In der Folge wurden sämtliche Kosten für Werbung ab 1.1.2003 nur noch dem Konto 61600 belastet. Andererseits wurden die Budgetwerte der Konti 61610 und 61620 im Umfang von Fr. 354'700.– nicht beansprucht. Per Saldo resultiert eine Kostenunterschreitung von rund 82'0000 Franken.

756.67000 Abschreibungen Sachanlagen 2'762'000

Die SN Energie AG hat rückwirkend eine Preisanpassung für das Geschäftsjahr 2002/2003 vorgenommen. Daraus erfolgte eine Rückzahlung zu Gunsten der Elektrizitätsversorgung über Fr. 2'295'535.–. Diese Rückzahlung wird zu betriebswirtschaftlich begründeten, ausserordentlichen Abschreibungen auf verschiedenen Anlagen verwendet: a) Durch eine ausserordentliche Abschreibung auf den Investitionen in das Kleinkraftwerk Lochmühle von Fr. 1'500'000.– können die Stromgestehungskosten dem Einkaufspreis der SN Energie angeglichen werden. b) Im Jahre 1983 wurden zwischen der Stadt (KVA) und der SN Energie bzw. Stadtwerke und SN Energie Verträge zur Übernahme der KVA-Energie abgeschlossen. In diesen wurde unter anderem die Amortisation der Leitung KVA-Walenbüchel geregelt. Im Hinblick auf die Erneuerung dieses Vertragswerks wird der Restbuchwert dieser Leitung von Fr. 118'079.– abgeschrieben. c) Der Solarstrom wird zu hohem, trotzdem nur Selbst- bzw. Grenzkosten deckenden Preis verkauft. Mit einer ausserordentlichen Abschreibung von Fr. 112'219.– auf den Photovoltaikanlagen soll dieser Tatsache Rechnung getragen werden.



d) In Anbetracht der bevorstehenden, vorzeitigen Sanierung der Trafostationen wegen der Elektrosmog-Problematik wird auf diesen eine ausserordentlichen Abschreibung von Fr. 565'237.– vorgenommen. e) Ferner ist der Abschreibungsbedarf für die Projekte Neue Kosten- und Leistungsrechnung, den Update des Betriebssystems CUBO und diverser abgerechneter Investitionsvorhaben der Erdgas- und Wasserversorgung um Fr. 376'465.– höher als veranschlagt.

756.67200 Abschreibungen immaterielle Anlagen 159'500

Im Hinblick auf die Öffnung des Elektrizitätsmarktgesetzes wurde zur Begleitung bei der Ausarbeitung eines Detailkonzeptes zur Ausgliederung der sgsw (GGR-Vorlage vom 22. Februar 2002) durch eine externe Unternehmungsberatungsfirma ein Kredit von 190'000 Franken erteilt. Nach der Ablehnung des EMG hat der Stadtrat die Ausgliederungsvorlage zurückgezogen. In Anbetracht dessen wird der Restbuchwert abgeschrieben. Ebenfalls ist eine erste Abschreibungstranche auf dem Prozessmanagementsystem vorzunehmen.

756.80010 Ausserordentlicher Aufwand 110'500

Das Rechnungsergebnis der Fernwärmeversorgung weist einen Verlust von Fr. 110'410.– aus. Wie bereits in Vorjahren übernimmt der Allgemeine Haushalt die vollen Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen), höchstens aber im Ausmass des aufgetretenen Defizites. Die Finanzierung erfolgte jeweils durch zusätzliche Ablieferungen der sgsw. Das Rechnungsergebnis der Elektrizitätsversorgung erlaubt diese zusätzliche Ablieferung.

756.81014 Einlage in die Erdgas-Baureserve 1'000'000

Bei der Budgetierung ist im Hinblick auf Grossinvestitionen eine Einlage in die Baureserve veranschlagt worden. Die Baureserve erlaubt, die jährlichen Kapitalkosten für Investitionen, die in wirtschaftlich ungünstige Zeit fallen, zu reduzieren. Das Rechnungsergebnis erlaubt eine höhere Einlage in die Baureserve.

VERKEHRSBETRIEBE

76.501 Abschreibungen auf dem Anlagevermögen 373'000

Mit Blick auf die anstehenden Busersatzbeschaffungen wurden zur Verstetigung der Abschreibungen die Amortisationssätze für die Autobusse im Rahmen der Rechnungswesenverordnung des Bundes erhöht. Weiter wurde im Anlagenkonto eine Wertkorrektur vorgenommen für bisher nicht aktivierte Fahrleitungsanlagen, welche im Zusammenhang mit dem Bau der Stadtautobahn vollständig neu erstellt oder umgebaut werden mussten und seiner-



zeit durch den Strassenbau finanziert wurden. Die ordentliche Amortisation dieser Anlagen führt zu einem höheren Abschreibungsaufwand. Das insgesamt budgetierte Abschreibungsvolumen wird im Ausmass der Abschreibungen auf den Wertkorrekturen überschritten. Auf die Vornahme der budgetierten ausserordentlichen Abschreibungen (Konto 76.502) wurde verzichtet.

76.522 Einlage in übrige Reserven und Rückstellungen 250'000

Am Depotgebäude sind nach inzwischen 13-jährigem Betrieb grössere Renovationsarbeiten erforderlich. Für die notwendigen Massnahmen soll ein Gesamtkonzept erarbeitet werden. Verschiedene geplante punktuelle Massnahmen bei den Fremdleistungen und bei den nicht aktivierbaren Bau- und Erneuerungsaufwendungen wurden daher mit Blick auf die absehbaren grössere Unterhaltsarbeiten verschoben. Die Beträge wurden der Rückstellung für Grossunterhalt zugewiesen.

KEHRICHTVERBRENNUNGSANLAGE

79.3133 Material für den Unterhalt der maschinellen Einrichtungen 177'000

Im Jahre 1995 wurde die Rauchgasreinigungsanlage der KVA zur Abscheidung von Stickoxiden mit einem DENOX-Katalysator nachgerüstet. Der Stickoxidausstoss konnte dadurch deutlich unter das gesetzlich vorgeschriebene Niveau gesenkt werden. Die Garantiedauer der Katalysatorelemente wurde seinerzeit auf 24'000 Betriebsstunden (ungefähr drei Jahre) festgelegt. In der Zwischenzeit ist die Anlage bereits 56'000 Stunden mit den ersten Katalysatorelementen in Betrieb. Die Reaktionsfähigkeit der Katalysatorelemente hat inzwischen soweit nachgelassen, dass die geforderten Emmissionsgrenzwerte nicht mehr über längere Zeit eingehalten werden können. In der KVA sind derzeit zwei identische Katalysatorlagen eingebaut. Vor Jahresfrist war geplant, zur Erhöhung der nachlassenden Reinigungsleistung eine dritte Lage einzubauen. Für diese Unterhaltskosten waren 100'000 Franken ins Budget eingestellt. Es zeigte sich aber, dass der Einbau einer dritten Lage aus Platzgründen den Unterhalt stark einschränkt oder nahezu verunmöglicht. Deshalb wurde entschieden, die zweite Katalysatorlage durch eine neue, auf die maximal mögliche Grösse ausgerichtete Lage zu ersetzen. Die derzeit eingesetzte zweite Lage von Elementen wird eingelagert und soweit möglich an Stelle der heutigen ersten Lage weiter genutzt. Der mit dieser Lösung erzielte Volumenausbau ermöglicht eine Verbesserung der Reinigungsleistung und eine höhere Betriebssicherheit. Im Weiteren werden die Voraussetzungen für ein zukünftiges Projekt zur Temperaturabsenkung im Katalysator geschaffen. Damit könnten erhebliche Energieeinsparungen realisiert werden.



2 Kennntnisgabe über gebundene Ausgaben

Projekt PELIX - Ersatz der Serverhardware
Investitionsrechnung 41.5890.170

390'000

Das System PELIX (Polizeiliches Einsatz-, Leit- und Informations-System unter UNIX) ist seit über fünf Jahren erfolgreich im Einsatz. In dieser Zeit wurden diverse, meist kleinere und neue Funktionen über die normale Wartung implementiert. Im Zuge der Weiterentwicklung und der Erfahrungen der Benutzenden und Administratoren wurden aber auch fehlende Funktionalitäten sowie Mängel aufgedeckt und behoben, so dass das Produkt PELIX heute die Belange der Stadtpolizei in der Einsatzdisposition vollumfänglich abdeckt. Ebenfalls werden während der Mittagszeit, in der Nacht und an Wochenenden Calldesk-Funktionalitäten für die Störmeldezentrale der Sankt Galler Stadtwerke wahrgenommen. Im Herbst 2002 wurden durch die Hardwarelieferantenfirma Teile des Serversystems (Datenspeicherung) sowie das Betriebssystem erstmals mündlich und schliesslich mit Schreiben vom 23. September 2003 per 31. August 2004 abgemahnt. Dies bedeutet, dass die Stadtpolizei ab 1. September 2004 bei Problemen nicht mehr auf Hardware-Ersatzteile sowie das Know-how des Hardware- und Betriebssystemlieferanten zurückgreifen kann. Sowohl in zeitlicher wie in sachlicher Hinsicht besteht bezüglich des Ersatzes kein Ermessensspielraum.

Projekt ELBANDI - Erweiterung der Speicherkapazität der zentralen
Datensicherung mittels Bandroboter
Investitionsrechnung 93.5069.226

274'600

Die Stadtverwaltung St.Gallen betreibt einen Bandroboter mit den notwendigen physischen Datenträgern (Tapes oder Sicherungsbänder), um die Sicherung der Daten zu gewährleisten. Eine interne Backupanalyse über den Zeitraum von einem Jahr hat ergeben, dass das Datenvolumen mit einem Zuwachs von rund 60 % überproportional angestiegen ist. Dieses angewachsene Datenvolumen ist nichts Aussergewöhnliches. Auch andere Verwaltungen und Unternehmen stellen gleiche Tendenzen fest. Gründe für diese Entwicklung sind unter anderem das Internet, eingebundene Bilder in Dokumenten, abgespeicherte Videodateien, der Wechsel von der analogen Technologie hin zum digitalen Zeitalter, ganz allgemein aber auch neue Projekte wie das Erstellen von elektronischen Plänen, Betriebsdatenerfassung in der ARA und KVA u.v.a.m. Optimierungsmassnahmen wie beispielsweise Aufforderungen an die Benutzenden, nicht mehr verwendete oder gar private Dateien zu löschen, etc. wurden bereits eingeleitet und wo immer möglich bzw. sinnvoll umgesetzt. Aufgrund der zur Verfügung stehenden knappen Speicherkapazität kann die Wochensicherung nicht mehr ausgelagert werden. Würden die im Bandroboter benutzten Sicherungsbänder im Katastrophenfall vernichtet werden, stünden lediglich die Datenbestände der Life-Systeme zur Verfügung. Eine Trendanalyse hat ergeben, dass schon bei gleichbleibendem Datenzuwachs die maximale Speicherkapazität der vorhandenen Speichermedien mit ihrer Infrastruktur gegen Ende des ersten Quartals 2004 erschöpft ist. Geleistete Vorarbeiten in dem Infrastrukturprojekt UBO – Update Backoffice, wie beispielsweise die Anbindung an die zentrale Speichereinheit (SAN) etc., können optimal für das bestehende Vorhaben genutzt werden.



3 Kennntnisgabe von Beschlüssen des Stadtrates über Zusatzkredite

Nach Art. 41 Ziffer 3 der Gemeindeordnung ist der Stadtrat für die Erteilung von Zusatzkrediten "bis zu einem Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites, höchstens aber bis zum Betrag von 100'000 Franken" zuständig. In Absprache mit der Geschäftsprüfungskommission gibt der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat Kenntnis von den im Rechnungsjahr erteilten Zusatzkrediten, welche – ohne die absolute Grenze von 100'000 Franken zu erreichen – einen Viertel des ursprünglichen Verpflichtungskredites übersteigen.

Verbesserung der Sicherheit in der Parkgarage Kreuzbleiche und
Optimierung der Benützerfreundlichkeit (Projektierungskredit)

Verpflichtungskredit (12.03.2002)

60'000

Zusatzkredit (16.09.2003)

74'000

Bedingt durch die detaillierten Projektabklärungen mussten im Verlauf der Planungsphase zusätzliche baupolizeiliche Auflagen und die Erkenntnisse einer Befragung der Parkhausbenutzenden in die Projektierung aufgenommen werden. So mussten rauchdichte Schleusen bei Treppen und Lift und ein neuer, parallel zu Fahrzeugschliessung gelegter Ein- und Ausgang für Fussgängerinnen und Fussgänger ins Projekt aufgenommen werden. Dies führt zu höheren Bau- und damit auch zu höheren Projektierungskosten.

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Für das Rechnungsjahr 2003 werden die oben begründeten Nachtragskredite erteilt.
2. Von den Beschlüssen des Stadtrates über die erwähnten gebundenen Ausgaben und die Zusatzkredite wird Kenntnis genommen.

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

